

**ITA**

# BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI  
AGENCE INFO-TÜRK  
INFO-TÜRK AGENTUR  
INFO-TÜRK AGENCY**

**MONATLICHES INFORMATIONSBLATT**  
Verleger: COODIFF - Square Ch.  
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel  
Tel: 0032 - 2-230 34 72 Belgien

4.Jg. - Februar 1980  
Deutsche Ausgabe Nr.16  
Preis: 1,50 DM  
Jahresabonnement: 15,00 DM

Nachdruck von Artikeln unter  
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

## LEGITIMER UND MUTIGER WIDERSTAND DER ARBEITER IN IZMIR

IZMIR (ITA) - Die jüngsten Maßnahmen der Regierung Demirel gegen die arbeitende Bevölkerung begannen damit, die Streitkräfte gegen mehr als zehntausend demonstrierende Arbeiter in Izmir einzusetzen, und führten schließlich zu der Ausweitung des Kriegsrechts auch auf diese Stadt am Ägäischen Meer.

Von vielen europäischen Zeitungen und internationalen Presseagenturen wurde der aktive Widerstand der Arbeiter in Izmir gegen die Regierungstreitkräfte völlig falsch als Generalprobe für einen Aufstand gewertet, dessen Ziel die Beseitigung der jetzigen Regierung und die Einsetzung eines Khomeiny-ähnlichen Regimes sei.

In Wirklichkeit handelte es sich bei den Vorgängen um den legitimen Widerstand der Arbeiter, die sich einem dreifachen Generalangriff von Seiten der Regierung ausgesetzt sahen:

1. Alle progressiven Arbeiter und Angestellten der staatlichen Institutionen und Unternehmen wurden durch Mitglieder und Sympathisanten der rechtsgerichteten Gerechtigkeitspartei (AP) und der faschistischen Nationalen Bewegungspartei (MHP) ersetzt.
2. Die neuen wirtschaftlichen Sparmaßnahmen gingen ausschließlich zu Lasten der Arbeiter und Angestellten.
3. Mit neuen Repressionsgesetzen versucht die Regierung, fundamentale Rechte und Freiheiten einzuschränken und sogar zu unterdrücken.

Der Austausch progressiver Arbeitskräfte durch reaktionäre hatte unmittelbar nach der Bildung der Regierung Demirel in den Ministerien und Regierungsbehörden begonnen. So wurden die Posten aller Gouverneure, Polizeichefs und Direktoren auf Verwaltungsebene neu besetzt.

Schließlich waren die untergeordneten Ränge an der Reihe. In Zeitungsanzeigen gab der neue Vorstand des staatlichen agro-industriellen Konzerns TARIS in Izmir bekannt, daß 11 000 Arbeiter in drei Werken des Unternehmens entlassen würden.

Ein solch unmenschliches Vorgehen würde überall in der Welt heftigste Reaktionen hervorrufen. Aber diese Maßnahme wird durch einen weiteren Umstand geradezu unerträglich:

In der Türkei gibt es kein System sozialer Unterstützung für den Fall von Arbeitslosigkeit. Das bedeutet, daß ein entlassener Arbeiter und seine Familie ohne Existenzsicherung sind. Wenn man bedenkt, daß 1979 der Anteil der Arbeitslosen 20 Prozent betrug, und daß weitere 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung Kurzarbeit leisten mußte, dann bedeutet dies, daß vier von zehn türkischen Bürgern praktisch unter dem Existenzminimum leben.

Der zweite Grund für den Widerstand der Arbeiter gegen die Regierungsstreitkräfte waren die Sparmaßnahmen, die die neue Regierung am 25. Januar 1980 unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) verkündet hatte. Nach der erneuten Währungsabwertung von 35 Prozent und Preisanstiegen für wichtige Konsumgüter und öffentliche Dienstleistungen um 100 Prozent hatte der Unmut und Zorn innerhalb der arbeitenden Bevölkerung den Siedepunkt erreicht.

Hinzu kam, daß auf Vorschlag der Regierung Demirel das Parlament damit begonnen hatte, antidemokratische Gesetze zu verabschieden, mit denen fundamentale Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden sollen.

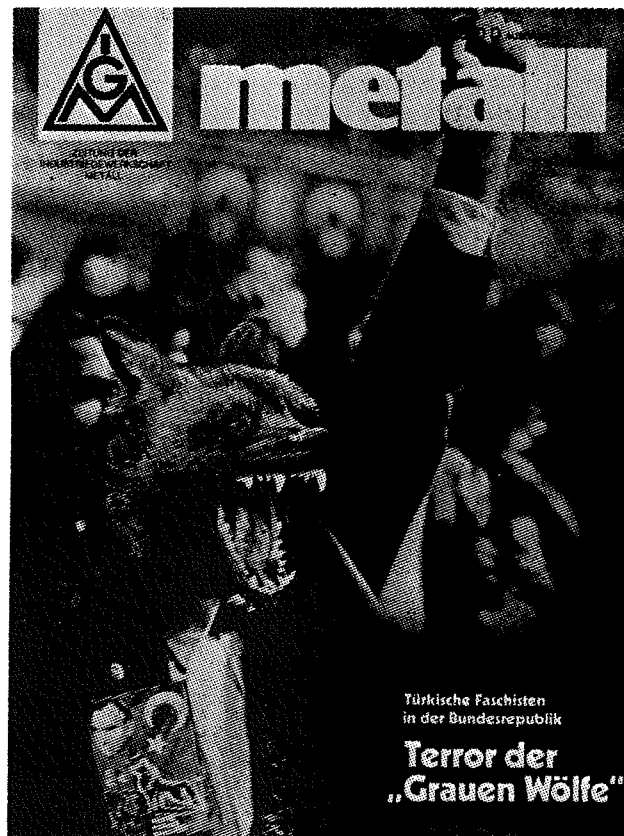
Aus diesen drei Gründen griffen die Arbeitermassen und Bauern überall in der Türkei zu passiven und teilweise aktiven Widerstandsmaßnahmen. Die in der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK) zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften und sogar solche, die Mitglied des regierungsfreundlichen Gewerkschaftsbunds sind, riefen zum Streik auf. Bauern besetzten öffentliche Arbeitsplätze und Fahrgäste der öffentlichen Verkehrsmittel fuhrten demonstrativ zum Nulltarif.

Dies war die Situation, in der die 11 000 Arbeiter des TARIS-Konzerns die drei Werke besetzten, aus denen sie entlassen worden waren. In Unterstützung dieser Aktion rief die DISK zum Generalstreik auf und organisierte eine Massendemonstration in Izmir. Auch die Studenten der Ägäischen Universität beschlossen einen Vorlesungsboykott und bekundeten damit ihre Solidarität mit den Arbeitern von TARIS.

Daraufhin schickte die Regierung mehr als 10 000 Soldaten mit Panzerfahrzeugen, Hubschraubern und

## GRAUE WÖLFE RUFEN ZUM HEILIGEN KRIEG AUF

FRANKFURT (ITA) - "metall", die Zeitung der Industriegewerkschaft Metall in der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlichte im Januar einen zusammenfassenden Bericht über die Strategie und Taktik der extrem rechten Türken in der Bundesrepublik. (vgl. metall, Nr.2 vom 23.1.1980)



Anlaß für den Artikel war die Tatsache, daß ein türkisches Mitglied der IG Metall, Celalettin Kesim, am 5. Januar 1980 von extremistischen Landsleuten umgebracht worden war. Der Artikel berichtet dann über andere blutige Zwischenfälle, die von Grauen Wölfen in der Bundesrepublik durchgeführt und angestiftet wurden.

Nach Angaben von "metall" werden die Aktivitäten der türkischen Faschisten in der Bundesrepublik von dem Hauptsitz der Türk-Federayson in Frankfurt geleitet. Sowohl der Vorsitzende Serdar Celibi wie auch der Generalsekretär Ramazan Öz ist Mitglied der Nationalen Bewegungspartei, der neofaschistischen Organisation des Oberst Türkes. Die Organisation erhält finanzielle Unterstützung von Nachtclub-Besitzern, den Inhabern bestimmter Reisebüros und von Rauschgifthändlern.

**706 POLITISCHE MORDE  
IN DEN DREI MONATEN DER  
REGIERUNG DEMIREL**

- (1) vom 13.11.79 bis 18.1.80  
(2) vom 19.1.80 bis 17.2.80  
(3) Gesamtzahl in 3 Monaten

PROVINZ	(1)	(2)	(3)
Adana	23	19	42
Adiyaman	3	1	4
Afyon	-	1	1
Amasya	2	1	3
Ankara	49	22	71
Antalya	8	4	12
Artvin	5	2	7
Aydin	4	-	4
Balikesir	1	-	1
Bursa	12	1	13
Corum	1	-	1
Denizli	2	-	2
Diyarbakir	10	6	16
Edirne	2	1	3
Elazig	6	1	7
Erzurum	2	1	3
Eskisehir	10	1	11
Gaziantep	23	16	39
Giresun	2	3	5
Gümüsane	-	2	2
Hatay	20	8	28
Icel	12	5	17
Istanbul	112	90	202
Izmir	15	9	24
Kars	3	2	5
Kayseri	24	2	26
Kirsehir	-	1	1
Kocaeli	6	-	6
Konya	2	1	3
Kütahya	5	-	5
Malatya	10	2	12
Manisa	12	2	14
Kahra.maras	2	-	2
Mardin	4	-	4
Mus	2	-	2
Nigde	1	-	1
Ordu	5	-	5
Rize	5	-	5
Sakarya	1	-	1
Samsun	14	6	20
Sirt	6	3	9
Sivas	1	-	1
Tokat	5	8	13
Trabzon	5	1	6
Urfa	24	10	34
Usak	7	-	7
Van	1	2	3
Tunceli	-	1	1
Yozgat	-	1	1
Zonguldak	1	-	1
Gesamt	470	236	706

... und Flugzeugen gegen die Arbeiter. Um sich zu verteidigen, errichteten die Arbeiter vor den angriffenden Kommandoeinheiten Barrikaden, und von Zeit zu Zeit kam es zu Schußwechseln.

Die Auseinandersetzungen dauerten mehr als eine Woche und endeten mit einer Übernahme der drei Werke durch die Streitkräfte.

Tausende von Arbeitern und Studenten wurden im Stadion von Izmir festgehalten. Dies war nicht die erste Maßnahme der türkischen Streitkräfte, die an chilenische Verhältnisse erinnert. Bereits im letzten Jahr wurden tausende von Fortschrittlichen im Stadion von Istanbul festgehalten, weil sie die von der Armee verhängte Ausgangssperre mißachtet hatten, mit der die Veranstaltungen zum 1.Mai verhindert werden sollten.

Hunderte wurden gefoltert und mißhandelt, darunter der populäre Bürgermeister des Stadtteils Gultepe in Izmir, Aydin Erten.

Während der Widerstandsaktion der Arbeiter von TARIS kamen ein Arbeiter, ein Student und drei Polizisten ums Leben, mehr als hundert Menschen wurden verletzt.

Die Unruhen in Izmir dauerten noch an, da heizte Premierminister Demirel sie noch mit weiteren Provokationen an, als er erklärte: "Die Vorgänge haben nichts mit Arbeiterproblemen und Arbeiterrechten zu tun. Unsere Antwort darauf lautet: diese Leute zerschlagen und ihre Aktion beenden."

Und der Generalstabschef der türkischen Streitkräfte Kenan Evren mischte sich erneut in die Politik ein, indem er den Widerstand leistenden Arbeitern und allen Demokraten im Lande öffentlich drohte: "Anstelle äußerer Feinde sind wir gezwungen innere zu bekämpfen. Warum geben wir ihnen keine gehörige Abreibung, wo doch Kriegsrecht herrscht? Weil wir kein Blut vergießen wollten. Doch wenn wir wollten, könnten wir sie alle in einem Monat erledigen." Und am Ende dieser Rede, die er während eines militärischen Manövers im Kurdengebiet hielt, erhob er das Glas mit den Worten: "Wie glücklich können die sein, die sagen: 'Ich bin Türke!'"

Dies war gleichzeitig die erste Lektion militärischer Unterweisung, die jeder türkische Bürger ab dem siebten Lebensjahr zukünftig erhält. Diese erste Lektion impliziert auch, daß diejenigen Unglück erwartet, die zu sagen wagen: "Ich bin Kurde!"

Zwei Tage nach dieser Rede beschloß der aus Armee-generalen und einigen Regierungsmitgliedern zusammengesetzte Nationale Sicherheitsrat, das Kriegsrecht auf die Provinzen Izmir und Hatay - im Westen bzw. Süden der Türkei - auszuweiten.

Aber da die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unverändert schlecht bleiben, kann mit diesem Ausnahmezustand Recht und Ordnung im Lande nicht wiederhergestellt werden. Trotz aller repressiver Maßnahmen der Regierung Demirel sind dem politischen Terror in nur drei Monaten 706 Menschen zum Opfer gefallen; damit stieg die Gesamtzahl der Opfer auf 2916.

Wie bereits in vorangegangenen Ausgaben des BULLETIN erläutert, besteht das wirkliche Ziel der militärischen Eskalation nicht darin, die politischen Gewalttaten zu bannen, denn die Hintermänner des Terrors sitzen mitten im Generalstab der türkischen Streitkräfte: es ist die Anti-Guerilla-Abteilung, die die Grauen Wölfe der neofaschistischen MHP unterstützen und decken. Der wirkliche Grund des militärischen Eingreifens in die Politik besteht darin, alle Reste demokratischer Rechte und Freiheiten so weit einzuschränken, daß die demokratischen Kräfte in der Türkei keinen Widerstand mehr gegen die Politik des Imperialismus und seiner Handlanger im Lande leisten können.

### Unterentwickelte Kolonie der Europäischen Gemeinschaft -

#### oder diktatorisches Regime nach lateinamerikanischem Muster?

Unmittelbar nach dem Abschluß eines Vertrags über militärische Zusammenarbeit, der die Türkei in ein Sprungbrett des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten verwandelt, beschloß Washington, die Türkei auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet enger an den westlichen Block anzubinden.

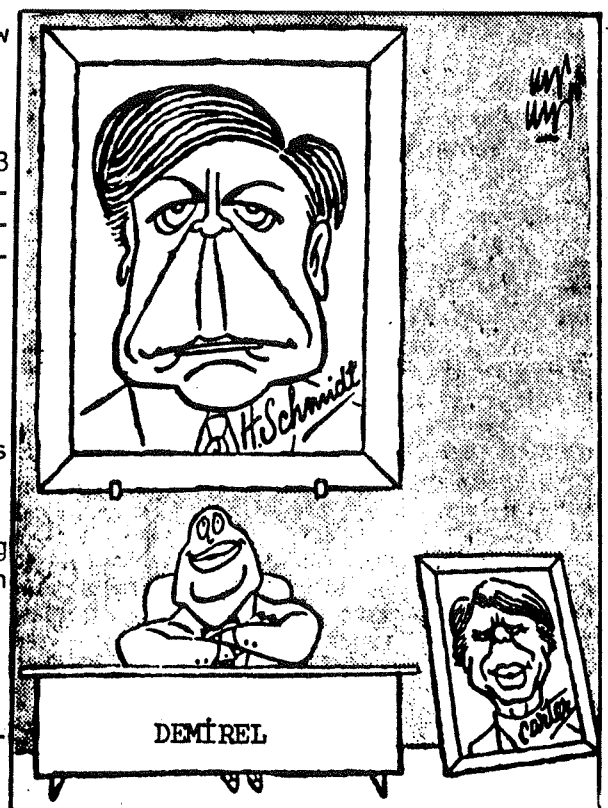
Am 11. Januar 1980 war in einem Leitartikel der International Herald Tribune zu lesen: "In der Türkei befinden sich 30 Prozent der Installationen, mit denen die USA geheimdienstliches Nachrichtenmaterial aus der Sowjetunion empfängt. Die geographische Lage der Türkei, südlich vom ölproduzierenden 'empfindlichen Unterleib' der UdSSR, nördlich der arabischen Halbinsel, westlich von Iran und östlich von Bulgarien, unterstreicht die ganz besondere strategische Bedeutung dieses Landes. Die Wichtigkeit der 26 Stützpunkte in der Türkei wuchs besonders auch dadurch, daß im letzten Jahr alle amerikanischen Militärbasen im Iran geschlossen wurden. Damit die Türkei die ihr zugedachte Aufgabe an der Südostflanke der NATO wirksam erfüllen kann, muß sie stabil sein. Der erste Schritt zur politischen Stabilität, die der Türkei zur Zeit fehlt, ist wirtschaftliche Stabilität. Eine Gruppe von OECD-Ländern, der IWF und die Weltbank haben der Türkei wirtschaftliche Unterstützung gewährt, aber das war noch nicht genug."

Zu diesem Zeitpunkt begannen die Vereinigten Staaten, sich für eine verstärkte europäische Wirtschaftshilfe an die Türkei und sogar die volle Mitgliedschaft der Türkei in der EG einzusetzen. Mit der Durchführung dieser schweren Aufgabe wurde die Bundesrepublik Deutschland beauftragt.

Kanzler Schmidt in einem SPIEGEL-Interview Anfang Februar 1980: "Die Türkei ist eines der (von der Ölkrise) am härtesten getroffenen Länder und für uns ein ganz wichtiger wichtiger Bündnispartner. Wir Deutsche - weiß Gott nicht die größte Macht des Westens - haben am meisten finanziell geholfen. Wir glauben, daß wir dazu am besten geeignet sind wegen traditioneller und aktueller guter politischer Verbindungen."

Ermuntert durch die USA und die BRD, ließ Demirel mitteilen, daß die Türkei noch vor Ende des Jahres die volle EG-Mitgliedschaft beantragen werde. Dieses Vorhaben hat bereits zu Kopfschmerzen in der Brüsseler EG-Kommission geführt, weil die Integration Spaniens, Portugals und Griechenlands bereits schwierig genug ist. Doch die USA und ihre europäischen Partner tun ihr bestes, um die Türkei in die EG einzubeziehen.

Andererseits unternimmt Demirel alles, um dem ausländischen Kapital Bewegungsfreiheit in der Türkei zu verschaffen, die als attraktiver Markt und billiges Arbeitskräftereservoir angesehen wird.



Aber es gibt einen problematischen Aspekt: Ist die europäische Öffentlichkeit bereit, ein diktatorisches Regime nach lateinamerikanischem Muster in ihre Gemeinschaft aufzunehmen, in dem - nach den Worten Ecevit's - "die Menschenrechte in einer Weise verletzt werden, wie das seit dem Sturz Idi Amins nicht mehr der Fall war!?"

#### VERFOLGUNG VON INTELLEKTUELLEN

ANKARA (ITA) - Der Vorsitzende der Vereinigung Türkischer Radio- und Fernseh-angestellter Erkan Oyal wurde am 9. Februar 1980 von der Kriegsrechtsbehörde in Ankara verhaftet. Er wird beschuldigt, eine Protesterklärung gegen die Verhaftung der Funktionäre einer anderen demokratischen Massenorganisation, der Vereinigung aller Lehrer, verbreitet zu haben.

Erkan Oyal war einer der bedeutendsten Sprecher des Türkischen Fernsehens, aber nach dem Regierungswechsel wurde er von seinem Posten entfernt, obwohl er erst kürzlich den ersten Preis im jährlichen Pressewettbewerb der Vereinigung Fortschrittlicher Journalisten gewonnen hatte. Er konnte noch nicht einmal an der Preisverleihung teilnehmen, weil er an jenem Tag in Haft war.

Am Staatstheater der Türkei setzt die neue Theaterleitung repressive Maßnahmen gegen fortschrittliche Künstler ein. Am 13. Februar 1980 wurden drei Dramatiker (Gülsen Karakatlioglu, Firuzan Özgen, Riza Sahin) sowie zwei weitere Künstler (Harzem Alan und Leyla Özcan) von der Kriegsrechtsbehörde festgenommen. Später wurde bekannt, daß die fünf Künstler vom neuen Generaldirektor Cüneyd Gökcer als angebliche Unruhestifter am Theater denunziert worden waren.

Der neue Generaldirektor entließ auch die Direktoren der örtlichen Staatstheater in Istanbul, Izmir und Bursa von ihren Posten. Gegen zahlreiche Angestellte der Staatstheater wurden Disziplinarstrafen verhängt, weil sie gegen diese Maßnahmen demonstriert hatten.

Erst kürzlich wurde auch die Aufführung des Brecht-Stücks "Der Aufstieg des Arturo Ui" von der neuen Leitung des Staatstheaters verboten.

In Istanbul hat ein Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen den Schriftsteller Riza Zelyut eingeleitet, dessen Buch "Ein halber Tag ohne Ende" Fakten über das Massaker von Kizildere im Jahre 1972 bringt. Damals waren acht Mitglieder der Türkischen Volksbefreiungs-Front und ihre drei Geiseln in Kizildere von Sicherheitskräften erschossen worden. Der Staatsanwalt hat auch alle Exemplare des Buches beschlagnahmt.

(C.DG-13/2)

#### ANTIDEMOKRATISCHE EINSTELLUNG DES VERFASSUNGSGERICHT ZUM KURDISCHEN VOLK

ANKARA (ITA) - Eine neue Entscheidung des Verfassungsgerichts belegt, daß selbst dieses konstitutionelle Organ immer noch weit davon entfernt ist, die fundamentalen Rechte und Freiheiten des kurdischen Volkes in der Türkei anzuerkennen. Das Gericht bestätigte, daß jede politische Partei verboten werden soll, die behauptet, es gäbe in der Türkei Minoritäten aufgrund unterschiedlicher Nationalität, Religion oder Sprache.

Im Parteiengesetz der Türkei heißt es, daß solche Aussagen die Einheit der türkischen Republik zerstörten.

Erst kürzlich wurde die Arbeitspartei der Türkei (TEP) beschuldigt, dieses Gesetz verletzt zu haben, und der Oberste Staatsanwalt der Republik verlangte ein Verbot dieser Partei. Daraufhin beantragte die Parteiführung beim Verfassungsgericht eine Überprüfung des Gesetzes verbunden mit der Forderung, es als verfassungswidrig und undemokratisch zu kennzeichnen. Aber der Verfassungsgerichtshof wies den Antrag der Partei zurück und erklärte einstimmig, daß das besagte Gesetz verfassungskonform sei. Nun droht der TEP das Verbot.

Bereits im Jahre 1971 war die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) vom gleichen Gericht wegen desselben Vorwurfs verboten worden, weil sie die Existenz des kurdischen Volkes festgestellt hatte und seine Rechte und Freiheiten verteidigt hatte.

Auch die Demokratische Partei in Kurdistan hat die Sozialistische Internationale um Unterstützung für das kurdische Volk in der Türkei, in Irak, Syrien und Iran gebeten.

(M-C-BT-8/2)

KONFERENZ ZU JUGENDPROBLEMEN VERBOTEN

ANKARA (ITA) - Eine von der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) für den 9. Februar 1980 einberufene Konferenz zum Thema "Probleme der Jugendlichen" wurde von der Kriegsrechtsbehörde in Ankara verboten.

Eine ähnliche Konferenz wurde bereits früher in Istanbul abgehalten und verlief ohne jeden Zwischenfall. Trotzdem wurde die Veranstaltung in Ankara - ohne eine überzeugende Begründung - untersagt.

Zuvor hatte die Kriegsrechtsbehörde bereits zwei fortschrittliche Jugendorganisationen verboten: die Vereinigung GENC-ÖNCÜ und die Vereinigung Fortschrittlicher Jugendlicher (IGD). (C-DG-10/2)

TÜRKISCHE ANWALTSKAMMER FORDERT SCHUTZ IHRER MITGLIEDER

ANKARA (ITA) - Der neue Vorstand der Türkischen Rechtsanwaltskammer forderte in einem Kommuniqué größere Sicherheit für seine Mitglieder: "Seit einiger Zeit werden Rechtsanwälte, die die Verantwortlichen für Terroranschläge ausfindig machen und zur Verurteilung bringen wollen, selbst Zielscheibe der politischen Gewalttäter."

Vor kurzem wurden die Anwälte Adil Okur (Antalya) und Halil Sitki Güllüoğlu (Ankara) ermordet; sie hatten dringend um Schutz durch die Sicherheitsorgane gebeten. Güllüoğlu war Anwalt der Opfer des Massakers von Kahramanmaraş Ende 1978. (C-DG-11/2)

ZWEITAUSENDFÜNFHUNDERT POLIZISTEN DROHT ENTLASSUNG

ANKARA (ITA) - Das Innenministerium hat eine Untersuchung gegen 5500 Polizisten eingeleitet, und 2500 von ihnen droht die Entlassung aus dem Dienst.

Während nur wenige von ihnen gewöhnlicher Vergehen beschuldigt werden, handelt es sich bei der großen Mehrzahl der Fälle um politische Betätigung, besonders in fortschrittlichen Bewegungen.

Die Kriegsrechtsbehörden haben bereits die demokratische Organisation der Polizeibeamten verboten. (H-C-DG-3/2)

VERBOT VON ZWEI DEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN

ANKARA (ITA) - Die Kriegsrechtsbehörden verhängen immer weitere Verbote demokratischer Organisationen. Nach der Vereinigung der Polizeibeamten (POL-DER) und der Vereinigung Aller Lehrer (TÖB-DER) wurden jetzt auch die Vereinigung der Angestellten im öffentlichen Dienst (TUM-DER) und die Vereinigung Technischer Angestellte (TÜTED) verboten; ihre Akten wurden beschlagnahmt.

Der Vorsitzende der TÜTED und 13 weitere Vorstandsmitglieder wurden am 23. Januar 1980 verhaftet. (C-Y-DG-31/1)

FRANZÖSISCHE INTELLEKTUELLE APPELLIEREN AN DEN PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK

PARIS (ITA) - 383 französische Intellektuelle haben ein Schreiben an den Präsidenten der türkischen Republik gerichtet, in dem sie ihn auffordern, sich für eine Beendigung der Unterdrückungskampagne gegen türkische Intellektuelle einzusetzen.

Der Appell wurde u.a. von Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, den Wirtschaftswissenschaftlern Maurice Godelier und Charles Bettelheim, dem Orientalisten Louis Bazin, dem Juristen F. Demichel, dem Historiker Maxim Rodison und dem Politologen Alain Lancelot unterzeichnet.

Die französischen Intellektuellen wiesen darauf hin, daß innerhalb eines Jahres mehr als 1000 Personen dem politischen Terror zum Opfer gefallen sind und drückten ihre Befürchtung aus, daß diese Morde darauf abzielten, die türkische Intelligenz zum Schweigen zu bringen. (H-M-UH-DG-6/2)

EIN SCHRITT VORAN IN DER TÜRKISCHEN FRIEDENSBEWEGUNG

ISTANBUL (ITA) - Das Friedenskomitee der Türkei hielt am 26. und 27. Januar 1980 eine Sondersitzung in Istanbul ab, an der die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Behice Boran und der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) Ahmet Kacmaz teilnahmen.

Das Komitee hatte nach seiner Gründung zunächst eine sektiererische Politik verfolgt und den Vorsitzenden und Mitgliedern der beiden sozialistischen Parteien jede Mitarbeit verwehrt. Selbst Behice Boran, die als Vorkämpferin der Friedensbewegung in der Türkei bezeichnet werden kann und als Vorsitzende der ersten Friedensorganisation im Jahre 1951 sogar zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, wurde nicht zur Mitarbeit in dem neuen Komitee eingeladen.

Jetzt hat der Vorstand des Friedenskomitees seine Haltung in dieser Frage geändert und die nachteiligen Folgen dieser Abgrenzungspolitik eingestanden. In Zusammenarbeit mit den beiden sozialistischen Parteien organisierte das Komitee kürzlich Veranstaltungen gegen die NATO-Nachrüstung.

Die türkische Friedensdelegation, die an dem internationalen Treffen anlässlich des Protestes gegen die Atomwaffennachrüstung der NATO am 9. Dezember 1979 in Brüssel teilnahm, bestand aus Vertretern der TIP, TSIP und des Türkischen Friedenskomitees. (Y-DG-5/2)

GRUSSBOTSCHAFT VON ERICH HONNECKER AN DIE ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI

ISTANBUL (ITA) - Die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) baut ihre freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen zu Parteien der Arbeiterklasse in vielen Ländern der Welt ständig aus. Anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik tauschten der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Staatsratsvorsitzende der DDR Erich Honnecker und die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei Behice Boran Gruß- und Solidaritätsbotschaften aus.

Anlässlich des Besuchs von Todor Jivkov in der Türkei kam es auch zum Austausch von Solidaritätsbotschaften zwischen der Kommunistischen Partei Bulgariens und der TIP.

Die TIP-Vorsitzende Boran nahm kürzlich an internationalen Konferenzen in Moskau und Sofia teil. (Y-DG- 29/1)

ECEVIT GEGEN TÜRKISCHEN OLYMPIA-BOYKOTT

ANKARA (ITA) - Der ehemalige Premierminister und Oppositionsführer Bülent Ecevit sagte am 1. Februar 1980, daß er gegen einen türkischen Boykott der Olympischen Spiele wegen der Krise um Afghanistan sei. Er vertrat die Ansicht, daß die Olympischen Spiele und andere internationale sportliche Veranstaltungen günstige Gelegenheiten seien, Menschen verschiedenster Länder und Nationalitäten zusammenzubringen. Wörtlich sagte er: "Ich glaube, man sollte zum Wohle von Frieden und Menschlichkeit in der Welt solche Veranstaltungen von politischen Überlegungen freihalten."

Die türkische Regierung hat in dieser Angelegenheit bisher noch keine klare Position bezogen. Aus diplomatischen Kreisen ist zu erfahren, daß eine entgeltliche Entscheidung noch zurückgestellt werden soll, um die Reaktion anderer Länder abwarten zu können. (-)

SOLIDARITÄT DER SOZIALISTISCHEN PARTEIEN DER TÜRKEI MIT DER AFGHANISCHENREVOLUTION

Beide sozialistischen Partei in der Türkei, die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) und die Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) haben sich mit dem neuen afghanischen Regime solidarisch erklärt und festgestellt, daß die militärische Unterstützung der UdSSR von lebenswichtiger Bedeutung für die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften des afghanischen Volkes sei.

Das Zentralkomitee der TIP veröffentlichte am 9. Februar 1980 ein umfangreiches Dokument, in dem außen- und innenpolitische Fragen angesprochen werden. Darin werden alle sozialistischen Kräfte in der Türkei aufgerufen, sich in einer einzigen Arbeiterpartei auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu organisieren und eine einzige anti-imperialistische und antifaschistische Front auf der Grundlage eines Bündnisses aus Arbeitern und Bauern zu bilden.

In diesem Dokument stellt die TIP auch die Machenschaften des US-Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten heraus, und sie rechtfertigt den Regierungswechsel in Afghanistan und die militärische Unterstützung des neuen Regimes durch die Sowjetunion:

"Der Regierungswechsel in Afghanistan und die Tatsache, daß die Sowjetunion ihre Unterstützung in Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus verstärkt hat, um die gegenrevolutionären Aufstände feudaler Stammesfürsten zu bekämpfen, ist ein neuer Schlag für den Imperialismus. Anstatt daß die inzwischen gestürzte Regierung des Hafizullah Amin die gegenrevolutionären Kräfte, die sich amerikanischer, chinesischer und pakistanischer Unterstützung erfreuen, zu isolieren versuchte, trug sie zur Spaltung der demokratischen Kräfte im Lande bei. Damit gab sie den feudalen Kräften die Möglichkeit, unter dem Deckmantel einer religiösen islamischen Opposition zu operieren. Doch durch den Sturz Amins ist der weitere Fortschritt der Revolution des afghanischen Volkes sichergestellt.

(C-Y-DN-DG-15/2)

Hiermit bestelle(n) ich/wir das INFO-TÜRK BULLETIN für ein Jahr zum Preis von 15,00 DM.  
Das Abo verlängert sich, wenn es nicht vor Ablauf des Jahres gekündigt wird.

Türkisch	Deutsch	Englisch	Französisch
0	0	0	0

Name : ..... Adresse : .....  
 .....  
 .....

Erhältlich über die  
INFO-TÜRK AGENTUR :

- MASSAKER IN ANKARA - WARUM ?  
" Bericht und Hintergrund "  
Eine illustrierte Broschüre über politische Gewalt der Türkei, 48 Seiten.
- TURKEY AND THE WORLD  
Rede von Behice Boran, der Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei. ( Nur in Englisch erhältlich )

Hiermit bestelle(n) ich/wir die Broschüre :

.....	Exemplar(e)	MASSAKER IN ANKARA - WARUM ? Bericht und Hintergrund.
Englisch		Französisch
0		0
.....	Exemplar(e)	TURKEY AND THE WORLD TODAY
		Deutsch
		0